№. 32. 1850.

Lausitzer Zeitung

für

Tagesgeschichte und Unterhaltung

nebst

Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger Abonnements-Preis: für Görlitz 12 sgr. 6 pf., innerhalb des ganzen Preußischen Staats incl. Porto-Aufschlag 15 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal. Dinstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühren für den Raum einer Petit-Zeile 6 pf.

Redaction: G. E. Ziegler. Görlitz, Donnerstag den 14. März 1850. Verlag von G. Heinze & Comp.

Wien, 2. März. Freude herrscht in Troja's Hallen. Die Nachrichten von dem Abfalle Hannovers, dem „großdeutschen" Ministerium in Cassel u. s. w., erfüllen die ministeriellen Blätter mit einem wahren Jubel. Der „Oesterr. Corr." setzt auseinander, daß die Sachsen und die Preußen (auch die vormals sächsischen?) eine ganz abweichende Naturanlage haben, daß das preußische Wehrsystem den Gefühlen des sächsischen Volkes widerstreite u. s. w., und schließt mit folgendem Satze: „Alle diese Momente zusammengenommen rechtfertigen wol unsere unmaßgebliche Behauptung, daß Sachsen der treueste Bundesgenosse Oesterreichs in der Durchführung der wahrhaft großdeutschen Idee, welche sich Letzteres zur Aufgabe gemacht, werden dürfte." Die wahrhaft großdeutsche Idee, worin sie nur bestehen mag? Es ist die große Seeschlange, die naturgeschichtlich zu bestimmen unmöglich ist. Noch merkwürdiger ist ein preußenfreundlicher Artikel des „Lloyd". Es wird darin Preußen mit sanften Worten zu Gemüthe geführt, wie thöricht es doch gewesen sei, daß es mit den kleineren Staaten eine Verbindung geschlossen. Dadurch sei Oesterreich genöthigt gewesen, sich seinerseits mit den Königreichen zu verbinden. Eigentlich hätten die mittleren Staaten so wenig wie die kleineren Staaten in der deutschen Frage etwas zu sagen; die Frage gehöre der Natur der Sache nach nur vor das Forum der beiden Großmächte. Durch Preußens unbesonnene Politik wäre nun jenen Staaten eine gewisse Berechtigung zum Mitstimmen eingeräumt, die unter Umständen sehr lästig werden könne. Es wäre also wol das Beste, die Bundesgenossen sich gegenseitig aufzuopfern, zumal da Oesterreich ja eigentlich die stärkere Bundesgenossenschaft habe. Das ist der Sinn jenes Artikels im ministeriellen „Lloyd", wenn die Worte auch den Sinn etwas zu verstecken bemüht sind. Für deutsche Fürsten, welche an Suveränetätsschwindel leiden, enthält dieser Aufsatz gewiß die beste Arznei.

Deutschland.

Berlin, 12. März. Die Weise, in welcher die Zeitungen die deutsche Frage erörtern, bietet eigenthümliche Erscheinungen dar. Je nach den verschiedenen Standpunkten ist auch das Resultat verschieden und namentlich sind es die halbofficiellen Blätter Oesterreichs und Preußens, die leidenschaftlich gegen einander kämpfen. Schwarzweiß oder schwarzgelb das ist die Frage, die namentlich auch die kleineren Staaten lebhaft bewegt. Mit Hast und Freudigkeit hatten sie sich in den Tagen der Gefahr an Preußen angeschlossen, weil sie in Preußen den ersten Halt gegen die revolutionäre Bewegung fanden, die sie zu verschlingen drohte. Daher opferten sie lieber etwas von ihren Suveränitätsrechten, um durch ihr Anlehnen an Preußen doch noch etwas zu retten. Jetzt aber ist die Bewegung gedämpft, die Fürsten fühlen sich sicher und nun wollen sie ihre ersten Opfer wieder retten, daher ziehen sie sich auf die Bundesverfassung von 1815 zurück, weil sie ihnen noch die größte Garantie bietet. Aber diese particularistischen Bestrebungen sind nicht zu fürchten, so lange die Nation sich selber treu bleibt, so lange der Ruf nach Einheit durch die deutschen Gauen schallt und durch ruhigen Vorschritt sich diese ihrem sicheren Ziele immer mehr nähert.

Preußen. Berlin, 10. März. Die Preußischen Herren Abgeordneten zu dem in Gemäßheit des Beschlusses des Verwaltungsrathes vom 13. Febr. zu Erfurt am 20. d. M. zu eröffnenden deutschen Parlamente werden ergebenst benachrichtigt, daß der Vorsteher des Büreau's des Parlaments, Kanzleirath Bleich, gegen Vorzeigung der zur vorläufigen Legitimation dienenden Schreiben der Wahlcommissarien, durch welche sie von der auf sie gefallenen Wahl benachrichtigt worden sind, am 18. und 19. d. Mts. von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends und in den Morgenstunden des 20. bereit sein wird, ihnen die Eintrittskarten auszuhändigen. In denselben wird zugleich das Local, in welchem die Eröffnung stattfindet, benannt sein. Der Minister des Innern. v. Manteuffel.

Berlin, 10. März. Die Schleswigsche Angelegenheit ist in ein neues Stadium getreten. Der Adjutant des Königs, General v. Rauch, ist nach Schleswig abgegangen, um die Herzogthümer vor jedem eigenmächtigen militärischen Handeln gegen Dänemark abzuhalten. In diesem Falle ist Hr. v. Rauch sogar, dem Vernehmen nach, beauftragt, mit dem Rückziehen der preußischen Truppen zu drohen. Executionen auf Befehl der Landesverwaltung durch preußische Truppen werden für die nächste Zeit nicht mehr erfolgen. Uebrigens ist Hr. v. Rauch mit sehr ausgedehnter Vollmacht versehen. Versichert wird, daß diese neueste Maßregel eine Folge des gegenwärtigen Standes der Verhandlungen mit Dänemark sei, welche im Augenblicke zur Hoffnung auf günstigere Resultate als bisher berechtigen sollen. Es soll Besseres in Aussicht stehen als ein dritter Waffenstillstand. Die Regierung bietet im Augenblick Alles für das Zustandekommen eines ehrenvollen Friedens auf; dessenungeachtet ist sie auch auf Erneuerung des Kampfes gefaßt, nur soll ein „unzeitiges" Handeln der Herzogthümer vermieden werden. Nach den Berichten aus den Herzogthümern sollen die Feindseligkeiten dem Ausbruche sehr nahe sein und Schweden und Norweger bereits Befehl erhalten haben, sich zurückzuziehen. Die Stärke der dänischen Armee wird auf 36 Bataillone und 12 Cavaleriegimenter angegeben. Die Infanterie der Herzogthümer ist ungefähr von der nämlichen Stärke; schlechter ist es mit ihrer Cavalerie bestellt, ein Umstand, der indessen nicht von Erheblichkeit ist, da das Terrain diese Waffengattung ohnedies nicht begünstigt. General Hahn hat bereits Befehl erhalten, sich auf Kiel zurückzuziehen. Ein jedenfalls unbegründetes Börsengerücht versichert sogar, die schleswigsche Armee sei bereits in Schleswig eingefallen und habe die Dänen, welche inzwischen eingerückt wären, vertrieben. In Folge hiervon habe General v. Rauch den Auftrag, die sämmtlichen preußischen Offiziere abzuberufen. (L. Z.)

Berlin, 12. März. Der Verwaltungsrath hat einstimmig (mit alleiniger Ausnahme des immer opponirenden Vertreters von Meklenburg-Strelitz) beschlossen, daß die Klaganstellung gegen Hannover wegen offener Verletzung der übernommenen Verpflichtungen in Bezug auf das Bündniß vom 26. Mai bei dem Bundesgericht sofort einzureichen sei, sowie man darauf

rechnet, daß Preußen einer erfolgenden Entscheidung Geltung zu verschaffen wissen werde. (Nat.-Z.)

Breslau, 11. März. Gerüchten zufolge sollen das 11. Regiment und das 1. Cürassier-Regiment nach Baden, die Jäger hingegen nach Braunschweig verlegt werden, dagegen Badener und Braunschweigische Jäger nach Breslau kommen.

Sachsen. Dresden, 8. März. Am 4. März hat wirklich hier die Constituirung einer freien Gemeinde stattgefunden. Pfarrer Uhlich aus Magdeburg hielt bei dieser Gelegenheit einen beinahe zweistündigen Vortrag vor einem sehr zahlreichen Publikum. Die Zahl der beigetretenen Mitglieder wird auf 200 angegeben.

Dresden, 11. März. Wir vernehmen aus sicherer Quelle, daß Herr v. Carlowitz mittelst Schreibens seinen Austritt aus der ersten Kammer dem Präsidium angezeigt habe, weil derselbe zugleich mit Herrn v. Radowitz von Seiten der Kgl. preuß. Regierung als Commissar nach Erfurt ernannt sei und zum Reichstage dahin abgehe. Sollte die erste Kammer seine sofortige Entlassung nicht bewilligen, so hat er mittelst Schreibens um achttägigen Urlaub nachgesucht. (Dresd. Z.)

Kurhessen. Kassel, 8. März. Die „N. H.-Z." veröffentlicht den Bericht des Verfassungsausschusses über das Hassenpflug'sche Programm. Der Ausschuß hat einstimmig folgenden Antrag gestellt: die Ständeversammlung beschließt und erklärt: daß sie sich durch die Prüfung des Programms in dem gegen die Minister ausgesprochenen Mißtrauen nur bestärkt fühle, und der Erwartung ist, daß die Letzteren nunmehr einen Platz aufgeben, den sie zum Wohle des Landesherrn und des Vaterlandes nicht ausfüllen können. (Nat.-Z.)

Schleswig-Holstein. In Flensburg ist am 7. die Nachricht eingetroffen, daß alles ältere Militär auf Alsen entlassen sei. Dagegen meldet die eine Telegraphische Depesche der N. Z. vom 11. März, daß in Holstein die Entlassenen einberufen seien, und daß die Preußen und Schweden sich zurückziehen.

Aus sehr guter Quelle können wir mittheilen, daß man in Dänemark aus allen Kräften rüstet, daß dieses aber ganz im Stillen geschieht. Im Laufe des Winters sind 8000 bis 10,000 Recruten einexercirt. Die Artillerie ist bis zu 12 Feldbatterien vermehrt. Die Infanterie besteht, wie früher, aus 33 Bataillons, deren Stärke aber bis zu 1500 Mann gebracht ist. Die Cavallerie-Regimenter sind um mehrere Schwadronen verstärkt. Unter dem Militär auf Alsen heißt es allgemein, daß man von dort aus die Düppeler Höhen in kurzer Zeit besetzen und befestigen werde. Der ganze Plan zu dieser Befestigung soll schon entworfen sein. Zwei dänische Officiere haben den ganzen Winter im Sundewit das Terrain aufgenommen und sind dort noch mit Kartenzeichnen und Plänemachen beschäftigt. Auch hat man in Kopenhagen den Plan zu einer Belagerung Rendsburgs entworfen und durch Herrn Wegener den Beweis, daß Rendsburg eine schleswigsche Stadt sei, führen lassen, damit man vor Eroberung derselben sein vermeintliches Recht auf dieselbe darthun könne. So sicher ist man in Kopenhagen davon überzeugt, daß man sich dieser deutschen Festung bemächtigen werde. Auch gegen die Gefion wird man einen Streich führen. Kurz, man täusche sich nicht, das dänische Ministerium will den Krieg und es wartet nur auf eine günstige Gelegenheit, um plötzlich loszubrechen, und hofft die Gegner unvorbereitet überfallen zu können. Nur deswegen werden alle Friedensgerüchte verbreitet. (H. C.)

Meklenburg. Rostock, 10. März. Nach einer gestern von Helsingör hiesigen Handelshäusern zugekommenen Nachricht wäre zwischen Dänemark und Preußen ein Waffenstillstand auf 14 Monate abgeschlossen. (Nordd. Corr.)

Lippe. Detmold, 6. März. Hier wurde der Landtag plötzlich geschlossen, weil die Rechte wegen der Wahl des Landtags-Ausschusses sich entfernte und so den Landtag beschlußunfähig machte.

Bremerhafen, 6. März. Die beiden neuen deutschen Kriegsdampfschiffe „Frankfurt" und „Großherzog von Oldenburg" (Kazik und Inca) sind von Bristol angekommen und auf der Rhede geankert. (Br. Z.)

Oesterreichische Länder.

Wien, 6. März. Die ministeriellen Organe versichern, es sei nicht wahr, daß rings an der Grenze russische Truppen in Bereitschaft ständen, um nöthigenfalls nach Oesterreich hinein zu marschiren, um diesem in Italien und Deutschland freie Hand zu lassen. Mag sein, daß die Sachen amtlich noch nicht so weit gediehen sind. Solche amtliche Abläugnungen haben aber alle Bedeutung verloren. Man weiß, wie die amtlichen Organe bis zum letzten Augenblicke die Absicht, die Russen gegen Ungarn zu Hülfe zu rufen, in Abrede stellen mußten. Die österreichischen Blätter klagen fortwährend nicht blos über die Unzuverlässigkeit, sondern auch über das Ungeschick und die Unfähigkeit der halbamtlichen Organe des preuß. Ministeriums. Wahr ist es, daß das österreich. Ministerium gewandtere Federn für sich in Bewegung zu setzen weiß. (Cöln. Z.)

Wien, 8. März. Den Tagesblättern ist es verboten worden, von nun an ihrem Texte bildliche Darstellungen beizufügen. — Täglich brechen aus Pesth, Preßburg, Arad und anderen Städten Honvedtransporte auf, um in die Armee eingereiht zu werden. Manche solcher auf diese Art festgenommenen Honveds geben oft 20—30 Mitschuldige aus ihren Dörfern an, welche meist schon am folgenden Tage durch die Gensdarmerie ausgehoben werden. — Die neu zu bildenden päpstlichen Truppen sollen von ausländischen, meist österreichischen Offizieren eingeübt und befehligt werden, welchen nach einigen Jahren der Rücktritt in ihre früheren Stellungen freistehen würde.

Wien, 9. März. Die Antwort des preuß. Cabinets auf die österreich. Handelseinigungsdenkschrift ist im Ganzen eine artige Ablehnung. Doch verkennt Preußen nicht im Geringsten die Wichtigkeit einer mitteleuropäischen Zolleinigung, aber sie gibt nur zu verstehen, daß der Weg, den Oesterreich hier eingeschlagen, nicht der richtige sei. Die preuß. Regierung erkennt alle Vortheile, die sich in Zukunft daraus herleiten lassen, nur zu gut, aber ebensowohl auch alle die großen Schwierigkeiten der Gegenwart, und fast möchte man glauben, daß Preußen die österreichischen Verhältnisse besser übersieht, wenn es von „noch nicht reifen, und zu zarten und verwickelten Verhältnissen" spricht, als daß sie jetzt schon zum Gegenstande der Verhandlungen gemacht werden können. Oesterreich hat den günstigen Zeitpunkt versäumt. In einer Zeit, wo die Parteien noch nicht so zerrissen waren, wo es noch nicht eine absolut österreichische und eine specielle preußische Partei gab, zu einer Zeit, wo Alles nach Einheit schmachtete, damals hätte man das Zolleinigungs-Project mit Dank und Vertrauen angenommen, jetzt ist man mißtrauisch und erblickt darin nur eine Flankenbewegung zu Gunsten der politischen Stellung Oesterreichs in Deutschland. (Wand.)

Einem aus Agram eingesendeten Berichte zufolge bestätigt sich die Einnahme der Festung Bihatsch durch die bosnischen Insurgenten. Der Pascha entfloh nach Travnik. Die Ueberrumpelung gelang durch die List der Insurgenten und die unbegreifliche Nachlässigkeit des Pascha. Obgleich Bihatsch als ein wichtiger Punkt angegeben wird, so ist auch dieses Ereigniß noch ohne ausschlaggebende Bedeutung. (D. A. Z.)

Triest, 10. März. (Telegraph. Depesche.) Pyräus, 5. März. Die strenge Blocade ist aufgehoben. England wird einstweilen ein zuwartendes Benehmen beobachten. Die bis jetzt gekaperten Schiffe werden als Pfand betrachtet. Courier Grose ist als Ueberbringer der von Seite Englands angenommenen französischen Vermittelung angelangt. (Br. Z.)

Frankreich.

Paris, 5. März. Die Frage über das von dem Ministerium vorgelegte Gesetz über die „Bürgermeister" ist in den Abtheilungen der Nationalversammlung ungünstig für das Cabinet entschieden worden. Von den zur Berichterstattung erwählten Commissaren sind mit 262 Stimmen zehn gegen, und mit 236 St. nur fünf für das Gesetz gewählt worden. Die Majorität besteht aus Legitimisten, Republikanern und einigen Mitgliedern der die bürgerlichen Interessen vertretenden Partei.

Die erwartete Broschüre von Lucian de la Hodde, betitelt: „Die Geburt der Republik im Jahre 1848" ist erschienen. Sie enthält u. A. folgende Stelle: Vor Februar 1848 gab es im Lande nur 20,000 Republikaner. Haben die Volksregierungen, ihre Sitten und Gebräuche, ihre Amtshandlungen und ihre Erfolge, Straßenlärm, Dictatur, Clubbisten, Juniaufstand, die Verwüstung von Paris, die Bestürzung der Provinzen, die Vernichtung des Handels seit dieser Zeit etwa Frankreich republikanisch gemacht? Dummköpfe, Ehrgeizige, Unruhestifter bilden allein den Ueberschuß der Demokraten von heutzutage über die 20,000 von früher. Die ehrlichen Leute unter ihnen kehren so leicht zur Wahrheit zurück, als sie zum Irrthum verleitet wurden. Frankreich befindet sich im gegenwärtigen Zustande nur durch eine verächtliche, kaum nennenswerthe Minorität: das Land muß es endlich wissen. Man hat diese Leute am Werke gesehen, sie sind auch bereit wieder anzufangen. Will man sie wieder wirthschaften lassen? . . . Es gibt unter ihnen nur Betrüger und Betrogene. Bezeigt ihnen das Land klar und deutlich seine Verachtung, so sind sie mit Hülfe der Obrigkeit

binnen Jahresfrist todt; ist man gleichgültig, so zerstören sie die Gesellschaft. (D. A. Z.)

Paris, 6. März. Die socialistischen Wahlversammlungen fangen an, einen leidenschaftlichen Charakter anzunehmen. Verschiedene sehr revolutionäre Reden werden angeführt, die an die Zeiten des Convents erinnern. — Zu Chatillon ist bei einer socialistischen Wahlversammlung durch die Arbeiter der nahegelegenen Steinbrüche die Ruhe bedroht worden. Nachdem die versammelte Menge drei Abgeordnete des Berges mit dem Ruf: Es lebe die Republik! Es leben die Montagnards! begrüßt hatte, brachen plötzlich die Arbeiter in das Local der Versammlung ein und trieben dieselben mit dem Ruf: Nieder mit den Rothen! Es lebe Napoleon! Es lebe der Kaiser! noch vor Beendigung der Sitzung auseinander. Ohne die Dazwischenkunft der Gensdarmen wäre es zu blutigen Reibungen gekommen. Mehrere Personen haben gleichwol grobe Mishandlungen erlitten. (D. A. Z.)

† Paris, 8. März. Die gestern von der Presse in Aussicht gestellten Interpellationen wegen Nichtabsetzung des Polizeibeamten, der die Kränze von der Julisäule entfernte, haben heute durch Combier in der Nationalversammlung stattgehabt und zwar eine stürmische Scene, aber kein Resultat herbeigeführt, da der Minister behauptete, seine frühere Mittheilung sei wahr und die Majorität, die sich wieder sehr lärmhaft benommen, einfach zur Tagesordnung überging. Die Absetzung des Polizeiagenten scheint wirklich erfolgt zu sein, jedoch erst gestern Abend, wo er aufgefordert war, seine Rechte auf Pension geltend zu machen. — Nach demokratischen Berichten, denen aber conservative Blätter widersprechen, hat die hiesige Garnison in ihrer Mehrheit für die social-demokratischen Candidaten gestimmt. — Gerüchte von theilweisem Ministerwechsel, namentlich vom Rücktritte Barrots, sind wieder in Umlauf. — Heute Nacht fanden hier viele Verhaftungen statt. — Die Vota der Armee zu Gunsten der demokratischen Candidaten erregten Mißstimmung und die Course schließen daher niedriger. (N. O.-Z.)

In veröffentlichten amtlichen Actenstücken finden sich nachstehende Angaben. Auf den Meeren und Flüssen Frankreichs schwimmen die Kriegsdampfschiffe nicht mitgerechnet: 291 Dampfer von im Ganzen 19,771 Pferdekraft und 40,410 Tonnen Gehalt verwendet, welche voriges Jahr 3,152,323 Passagiere und 807,131 Tonnen Güter befördert haben. Die am meisten von Dampfschiffen besuchten Häfen sind Marseille, welches durch 49 Dampfer mit allen Mittelmeerhäfen in regelmäßiger Verbindung steht, und Havre, von wo 19 Dampfer nach Petersburg, Hamburg, Rotterdam ꝛc. gehen. Seit 1833 ist die Zahl der mit den Dampfbooten beförderten Personen auf das Dreifache, und das Gewicht der Güter auf das Neunfache gestiegen.

Etwa 150 Personen, die bei den Unruhen wegen der Freiheitsbäume verhaftet wurden, sind in Freiheit gesetzt, 17 aber wegen Widersetzlichkeiten gegen Polizeiagenten ꝛc. zu kurzen Gefängnißstrafen verurtheilt worden.

Für das Anlehen der Familie Orleans von 20 Mill. sind, wie ein Journal versichert, binnen zwei Tagen 16 Mill. gezeichnet worden, worunter 6 Mill. durch die Consignationscasse, 400,000 Fr. vom Hause Rothschild, 200,000 von Herrn Duchatel, 50,000 von Montalivet und je 20,000 von mehreren Wechselagenten.

Der republikanische Theil des kleinen Bürgerthums hat durch seinen Ausschuß zwei von etwa 6000 seinen Mitglieder votirte Adressen an die Repräsentanten vom Berge und an die demokratische Presse gerichtet und Beiden darin für ihr beharrliches Streben nach Verwirklichung praktischer Reformen, Vernichtung aller Privilegien und Bewirkung der Unabhängigkeit aller Völker einen Dank ausgesprochen. (C. Z.)

Paris, 10. März. Die heutige Nummer des „Napoleon“ meldet, alle Schwierigkeiten in Betreff Preußens und der Schweiz seien gehoben. Der heil. Vater soll in einem eigenhändigen Schreiben an den Präsidenten Napoleon seine baldige Rückkehr nach Rom gemeldet haben. (C. Z.)

Donaufürstenthümer.

General Lüders soll geäußert haben, die Russen würden die Donau nicht eher verlassen, als bis die Engländer sich aus Griechenland entfernten. (Nat.-Z.)

Spanien.

Madrid, 3. März. General Mirasol wird sich mit seinen Begleitern am 15. d. in Cadix nach der Havannah einschiffen. Er soll auch Instructionen für eine Reise nach den Vereinigten Staaten mit sich führen. Man behauptet sogar, er habe eine besondere Mission an den Präsidenten dieser Republik, um den Projecten auf Cuba entgegenzuwirken. (Nat.-Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 5. März. Der Volksthing hat heute in dritter Lesung den Gesetzentwurf über die neue Staatsanleihe definitiv angenommen, die Abgg. Grundtwig und Sörensen stimmten wieder dagegen. Die Anleihe beträgt bekanntlich 7 Mill. Rbkthlr. ($5\frac{1}{4}$ Mill. Thlr. preuß.) — Das einzige Bemerkenswerthe in den Blättern bleibt die Erbitterung der ministeriellen Blätter gegen Preußen. Heute bringt „Fädrelandet“ einen Brief aus London, der sich nicht ganz zufrieden mit der Haltung des Volkes, des Reichstages und der Regierung erklärt, welche nicht die ganze Bedeutung des Moments zu begreifen schienen. Es müsse sofort von Preußen die strenge, vollständige Erfüllung des Vertrages vom 10. Juli verlangt und zugleich eine Flotte in die Ost- und Nordsee geschickt werden, die, wenn in 8 oder 14 Tagen nicht befriedigende Antwort käme und Rendsburg und Friedrichsort geräumt und jeder preußische Soldat von der Unterstützung der Rebellen abgerufen würde, die Blocade sogleich eröffne.*) Dagegen bemerkt „Kjöbenhavnsposten“, daß die rücksichtslose Erneuerung des Krieges die Großmächte und die Jüten gegen sich habe. Die Verbindung mit Preußen, aus welcher der letzte Waffenstillstand hervorgegangen und deren Sinn die Einverleibung Schleswigs in Dänemark und Holstein-Lauenburgs in den Drei-Königsbund gewesen, sei aufgelös't und eine neue Politik nothwendig. (H. B.-H.)

*) Das Bramarbasiren gewisser dänischer Blätter wird noch lange keine Brücke über die beiden Belte schlagen oder dem Kattegat (Katzenloch) das weite Maul verschließen!

Nord-Amerika.

** Neu-York, 20. Febr. In unseren Geschäften ist ein großer Aufschwung eingetreten und die Curse der öffentlichen Werthpapiere haben sich beträchtlich gehoben. Unabhängig von den Unternehmungen und Capitaleinlagen unserer eigenen Capitalisten, bringt uns jede Post aus Europa neue Einkaufsordres. Selbst die öffentliche Fondspapiere einzelner Bundesstaaten, wie von Neu-York, Pensylvanien, Ohio, Maryland und anderen, sind von Neuem gestiegen. — Die Goldsendungen aus Californien beliefen sich in den letzten 14 Tagen auf 3,500,000 Doll. (c. 19. Mill. Frcs.) Die Nachrichten von dort erwecken im hohen Grade Vertrauen und gewähren die Aussicht, daß der dortige Handelsplatz zu einer großen Bedeutung steigen wird. Die Verbindung Californiens in 40—60 Tagen mit China, mit Neu-York in vierzig Tagen über die Landenge von Panamá, die Nähe des großen Oregongebietes mit dem gleichnamigen Flusse, die Nähe der Sandwichinseln und der westlichen Küstenländer Südamerika's am großen Südmeer, dies Alles verkündet, daß Californien zu einem überaus großartigen und erfolgreichen Einfluß auf den Gang und die Bewegung des Handels der Vereins-Staaten zu üben berufen ist. — Baares Geld steht jetzt hier zu 5 bis 7 proc. gegen gutes Papier, und zu 7 bis 10 proc. gegen weniger sicheres. — Dagegen steigt der Geldcredit unseres Landes nur sehr langsam im Auslande. Ueberhaupt ist man auswärts über die wahren Verhältnisse der einzelnen Bundesstaaten und ihre Hülfsquellen sehr mangelhaft unterrichtet und europäische Capitalisten geben natürlich ihren einheimischen Fonds den Vorzug, trotz der geringeren Verwerthung, die ihnen aus denselben entspringt. Mit der Zeit wird wol eine bessere Erfahrung ein besseres Resultat herbeiführen. — So hat man auch ganz wider die Wahrheit für die allernächste Zeit ein neues Anlehen der Bundesregierung angekündigt. Der vorausberechnete Ausfall von 15 Mill. Dollars umfaßte zwei Verwaltungsperioden, von denen die zweite erst am Ende Juni 1851 zu Ende geht. Man kann jedoch den wahren Bedarf jetzt noch nicht wissen, und einstweilen steigen wol auch noch die Zolleinkünfte. Der Betrag im letzten Januar ist 5 Mill. Dollars gewesen. Jedoch dürfte die Regierung vielleicht lieber zur Ausgabe von Schatzbons, als einer beim Volke beliebteren und weniger kostspieligen Maßregel schreiten. — Man hegt noch immer die Hoffnung, daß die Vorschläge des Staatssecretär Clay eine Vermittelung der überaus aufregenden Stimmung in der Sklavenfrage herbeiführen dürften. Die Eisenbahnangelegenheiten stehen sehr gut. Der mittlere Einkommensgewinn beträgt etwa 7 proc. auf das eingeschossene Capital, und mehrere der im Bau befindlichen neuen Eisenbahnen nehmen ihre Capitalien gleich zu 7 proc. auf. Desgleichen zahlen die meisten Staatsbanken von Neu-York Dividenden von $6\frac{1}{2}$ bis 7 Proc. (J. d. Déb.)

Kirchliche Angelegenheiten.

Aussicht auf einen Verein für die kirchlichen Angelegenheiten der evangelisch-protestantischen Gemeinden in der Preuß. Ober-Lausitz. Die Staatsverfassung vom **31**. Januar **1850** gewährleistet die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgesellschaften und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsübung, sichert in Art. **15**. der evangelischen und der römisch-katholischen Kirche, so wie jeder anderen Religionsgesellschaft ihren Besitzstand und das Recht, ihre Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten zu, und stellt ein Gesetz über die Aufhebung des Kirchenpatronats in Aussicht. Abgesehen davon, ob und wie Letzteres mit den in Art. **15**. enthaltenen Bestimmungen in Einklang zu bringen sein möchte, ist die in ihm seitens des Staats gegebene Selbständigkeitserklärung der evangelischen Kirche, mit der wir es hier allein zu thun haben, von dem größten Gewicht, denn sie trägt den Keim zu Entwickelungen auf dem Gebiete des religiösen und kirchlichen Lebens in sich, die vorläufig noch Niemand irgend zu übersehen vermag. Die Verfassung nimmt die evangelische Kirche als ein zu Recht bestehendes corporatives und einheitliches Ganze und geht weder auf die in ihr befindlichen inneren Unterschiede, noch auf die schon vorhandenen oder im Werden begriffenen äußeren Sonderungen ein. Wir sind daher sowol berechtigt als genöthigt, unter der evangelischen Kirche in unserem Vaterlande die Gesammtheit der evangelischen Kirchengemeinden zu verstehen, welche in dem bisherigen staatlichen Kirchenregiment zu einer Einheit zusammengefaßt waren. Sie stehen alle auf ein und demselben Grunde des religiösen Glaubens, und dieser eine Grund ist und heißet Christus und sein Evangelium. Aber sie stehen auf diesem Geunde im Geiste und im Rechtsbewußtsein des Protestantismus und davon ist auch die Gestalt bedingt, die Christus und sein Wort in ihnen bereits gewonnen hat und weiter gewinnen wird. Deswegen müssen wir der Bezeichnung unserer Kirche als der evangelischen schlechterdings die ihr von Gottes und Rechtswegen zukommende Eigenschaft einer protestantischen vorbehalten und ganz entschieden beilegen. Denn sie begreift und hält das Evangelium Christi nach den Principien des Protestantismus, und jede Aufopferung oder Abschwächung dieser würde sie zur Kraft- und Charakterlosigkeit, folglich zur Selbstentwürdigung herabbringen und sie ihrer Zukunft berauben. Welche nun ihre eigentlichen, wahren Lebensprincipien seien, darüber war und ist sie nicht überall und immer gleich klar und gewiß, ja es ist leider vor Vielen nur zu Vieles geschehen, grade diesen wesentlichen Punkt zu verdunkeln, es wird aber die Zeit Gelegenheit genug bringen, ihn wieder in helles Licht zu setzen. In der hiemit angedeuteten Ueberzeugung meinen und wollen wir keine andere Kirche und Kirchengemeinschaft als die evangelisch-protestantische. Darin liegt ihre Vergangenheit, ihre Gegenwart, ihre Zukunft und das ist sie selbst.

Dieser unserer Kirche, die bisher unter der Vormundschaft des Staates gestanden hat — und unter welcher! — wird nur die corporative Selbständigkeit zugesprochen. Ein vielsagendes Wort! Sie soll ihre Angelegenheiten selbständig ordnen und leiten. Sie soll also über ihre Lehre, ihren Cultus, ihre Verfassung und Alles, was damit zusammenhängt, entscheiden, wie ein auf eigenen Füßen stehender Mann über sich und das Seine verfügt. Als eine Gesammtheit von Gemeinden bedarf sie dazu nothwendig der von diesen ausgehenden, sich gehörig steigernden Organe. Hat sie diese? Sie hat sie wol, aber nach dem Princip der Bevormundung, nicht nach dem der Selbständigkeit. Werden sie ihr von selber erwachsen? Im äußersten Falle würden sie das, — aber wir sind heute nicht mehr in der Lage, in welcher die Urchristen oder die Evangelischen zur Zeit der Reformation waren, und dürfen weder, noch können wir der Natur Alles überlassen, sondern es hat die bewußte Thätigkeit auch das Ihrige zu leisten.

Da ist nun mit Zuversicht anzunehmen, daß für die Ueberleitung der evangelisch-protestantischen Kirche aus dem Stande ihrer Unmündigkeit in den der Selbständigkeit das noch in Wirksamkeit stehende staatliche Kirchenregiment pflichtmäßige, angelegentliche und wirksame Sorge tragen werde. Dieses Vertrauen hegen wir und wollen es in Niemandem schwächen, ja es ist groß, recht groß, weil es von der Größe der Aufgabe durchdrungen ist, die das Kirchenregiment zu leisten hat und die wir in seiner Seele fühlen. Würde sie in unprotestantischer Weise versucht, so dürften, müßten und würden ihr gegenüber die evangelisch-protestantischen Christen im Lande, die dies wahrhaft sind und bleiben wollen, mit ihrer kirchlichen Selbständigkeit auf Grund der Verfassung Ernst, vollen männlichen Ernst machen, und wir würden ein trauriges Zerfallen der noch bestehenden Kirche und mannigfaltige neue, aber unzusammenhängende, keine Dauer und kein Gedeihen versprechende kirchliche Bildungen erleben. Das aber kann weder der Staat noch die ohnehin nur zu sehr zerrissene Gesellschaft wünschen, denn es ist das höchste Interesse beider, sich in aller ihrer Mannigfaltigkeit doch einheitlich zusammenzufassen, und das kann nur geschehen durch die Versöhnung der Freiheit mit der Einheit.

Ob nun die evangelisch-protestantische Kirche entweder durch Vermittelung des bisherigen Kirchenregiments, also von oben, oder im äußersten Falle ohne diese durch den Gebrauch, den sie in independentistischer Weise*) von den betreffenden Grundsätzen der Verfassung mache, also von unten selbständig werde, so ist doch das Eine gewiß, daß die Selbständigkeit, die eine Wahrheit und Wesenheit sein soll, nicht ein leerer Name und bloßer Schein, auch die Selbstthätigkeit erfordere. Der unmündig Erklärte ist erst dann der wahrhaft Mündige, wenn er zum bewußten, zum freien Handeln unter eigener Verantwortlichkeit schreitrt. Die Selbständigkeit ist nicht ein Ding, das nur so äußerlich dargereicht werden könne, sie muß eigentlich schon innerlich in gewissem Maße vorhanden gewesen sein und von sich Zeugniß gegeben haben.

Dies ist denn auch wirklich von Seiten der evangelisch-protestantischen Kirche geschehen. Davon zeigen die Bewegungen auf ihrem Gebiete, die kirchliche Literatur, die Synoden, ungeachtet ihrer klerikalischen und gouvernementalen Zusammensetzung, die Vereine für kirchliche Zwecke und die Versuche zur Bildung neuer, sogenannter freier Gemeinden. Aber die kirchliche Vereinsthätigkeit, möge sie nun ihre Ziele hinter der Zeit oder in ihr oder in der Zukunft haben, wie sie sich bisher kund gegeben, ist erfahrungsmäßig von einer Parteirichtung aus- und größtentheils in ihr aufgegangen, daher denn auch die verschiedenen derartigen Vereine einander entgegen zu arbeiten pflegen. Die evangelisch-protestantische Kirche ist nun zwar der römisch-katholischen und allen mit diesen sympathisirenden Bestrebungen gegenüber eine Partei, sie soll dies aber nicht in sich, oder doch höchstens so sein, daß keine ihrer inneren Parteien, die Gemeinsamkeit in Geist und Principien vergesse und durch die That verläugne. Mithin müßte sich ein Verein denken und wirklich bilden lassen, welcher sich auf dieses Gemeinsame stützte, es zur vollen Anerkennung und Geltung zu bringen trachtete und übrigens innerhalb derselben die freieste Mannigfaltigkeit walten ließe. Ein Verein, der, von der Gemeinde ausgehend und diese sich zum Zweck setzend, einen lebendigen Sammelpunkt für die bestehenden evangelisch-protestantischen Kirchengemeinden und deren Betheiligung an ihrem eigenen Geschick, eine provisorische Vertretung für ihre Angelegenheiten, ein Organ ihrer Mitthätigkeit an der Neugestaltung der Kirche abzugeben geeignet wäre.

Zur Gründung eines solchen Vereins erscheint unsere Oberlausitz als ein besonders geeigneter Boden. Ihr Kirchenwesen ist einfach, geordnet und durch lange Gewohnheit befestigt, die Parochieen sind bestimmt abgegrenzt und in sich geschlossen, die religiösen Bewegungen haben hier wie die politischen so zu sagen sanftere Wellen geschlagen, und es darf als der vorherrschende Wunsch und Wille aller Betheiligten angesehen werden, daß die Umgestaltung der Kirche zur corporativen Selbständigkeit ohne heftige und verstörende Kämpfe der etwaigen dogmatischen Gegensätze und theologischen Parteien, ohne unnöthige Opfer und Verluste für die Gemeinden, besonders aber ohne eine theilweise oder gänzliche Auflösung in allerlei Secten, in verständiger, milder, friedlicher und würdiger Weise erreicht werde.

Von diesen Erwägungen geleitet vereinigten sich im Februar fünf Geistliche — Hausser, Hergesell, Hirche, Jacobi und der Unterzeichnete — zu dem Entschlusse, die Stiftung eines kirchlichen Vereins für die Oberlausitz nach den in dem Obigen enthaltenen Grundzügen zu versuchen. Sie erachteten es jedoch nicht für zweckmäßig, damit sogleich vor das große Publikum herauszutreten, sondern wollten ihren Plan erst einem vertrauten Kreise von Amtsbrüdern und weltlichen Mitgliedern ihrer Kirchengemeinschaft zur Prüfung mittheilen. Deshalb erlaubten sie sich aus jeder der Lausitzer Diöcesen einige weltliche und geistliche Vertrauensmänner zu einer Versammlung einzuladen.

Diese Versammlung hat am **5**. März in dem gütigst dazu bewilligten Saale der gelehrten Gesellschaft stattgefunden. Es hatten sich **21** Theilnehmer eingefunden. Sup. Hausser hielt die Ansprache, in der er den Zweck des beabsichtigten Vereins der Hauptsache nach angab und die Theilnahme des bereits unter seiner Leitung bestehenden evangelisch-lutherischen Vereins insofern zusagte, als die zu verfolgenden Bestrebungen gemeinsame sein würden. (Schluß folgt.)

*) d. h. in der Weise, wie sich in England gegen Ausgang des 16. Jahrhunderts ein Theil der Mitglieder der Staatskirche für unabhängig von derselben erklärte und in strenger Folgerichtigkeit die natürlichen Privatrechte auf dem religiösen Gebiete zur fortlaufenden inneren Ausbildung, und auch zur äußeren Anerkennung zu bringen erfolgreich bemüht war. Redact.

Berichtigung. In dem in Nr. 28. über „Socialisten" enthaltenen Schlußartikel wird gebeten, statt des undeutlicheren Ausdrucks: „Schanzgräber" (**travailleurs du Communisme**) den deutlicheren: „Schanzarbeiter des Communismus" zu lesen, d. h. solche, die ihm festen Grund und Boden bereiten oder freie Bahn brechen; sowie unter Dänemark: deutsche Statthalterschaft in Kiel zu lesen ist.

Schnellpressendruck von G. Heinze & Comp.

Mit einem Beiblatt.

Beiblatt zur Lausitzer Zeitung № 32.

Görlitz, Donnerstag den 14. März 1850.

Unterhaltungs-Lectüre.

Vom St. Gotthard nach der Lombardei.

(Schluß. Vergl. Nr. 31.)

„Noch theilte der pilgernde Handwerksmann einzelne Züge aus dem Kriegsleben mit, aus dem Wirthshausleben, Bivouac- und Schlachtscenen, so ausführlich und so getreu, daß die meisten Zeitungsschilderungen weit hinter seinen schlichten Erzählungen zurückstehen. Besonders empört zeigte er sich über die Grausamkeiten der Honveds, die selbst der Wehrlosen und Gefangenen nicht geschont hätten. Einmal habe er mit seiner Abtheilung, die meist aus Deutschen und Städtern bestand, vierzig gefangene Oesterreicher eingebracht, die in drei Gefängnisse eingesperrt wurden. Als aber die eigentlichen Honveds davon Kunde erhalten, seien sie herbeigestürmt, haben die Gefängnisse erbrochen und sämmtliche Gefangene in und vor denselben mit Sensen, Aexten und Beilen niedergemetzelt, als ob es Schlachtvieh gewesen. Von der Zeit an habe er beständig über die Oesterreicher hinweggeschossen und einen Gefangenen hätte er nicht wieder gemacht, wenn man ihm auch tausend Ducaten gegeben hätte. Doch es würde mich zu weit führen, wollte ich meinem Reisegefährten noch mehr nacherzählen. Er rühmte sehr die gute Kost, den billigen Wein und den reichlichen Verdienst in Ungarn, aber ebenso sehr klagte er auch über das gehässige Benehmen der Magyaren gegen die Deutschen. „Kommen die Deutschen daher, fressen und saufen sich voll, und dann laufen sie wieder daheim", solche Aeußerungen hatten besonders sein Ehrgefühl beleidigt, da er sich bewußt war, Alles sauer verdient zu haben. Ein ungarischer Edelmann, meinte er, hätte ihn lieber mit Hunden vom Hofe hetzen lassen, als ihm nur einen Kreuzer umsonst gegeben. Im Frühjahr, als beim Vorrücken der Oesterreicher der Landsturm sich aufgelöst, sei er auf kurze Zeit wieder an die Arbeit gegangen und habe sich dann mit seinem Verdienste, von dem er jetzt noch zehre, auf- und davongemacht.

„Unter solchen Gesprächen gelangten wir bei Chiasso an die österreichische Grenze. Durch eine Art Thorweg, auf dem das eidgenössische Kreuz flaggte, traten wir aus der Republik, aus dem Gebiete der Groß- und Bundesräthe, in den Kaiserstaat. Ein österreichischer Soldat, der sich in seinem Schilderhäuschen gegen die heißen Strahlen der Abendsonne zu schützen suchte, fragte bescheiden nach der Uhr. Ich trat hinzu und hielt ihm meine Uhr entgegen. Auf seinem Gesichte lag ein Zug des Schmerzes und der Schwermuth, ihm schien unter Italiens Himmel die Zeit lang zu werden, er sehnte sich zurück nach der fernen Heimath, nach Eltern und Gespielen. Nie las ich das Heimweh deutlicher auf einem Menschenantlitze, als auf dem gebräunten Gesichte dieses Soldaten, und als ich ihn fragte, woher er sei, erhielt ich in gebrochenem Deutsch die Antwort: „Unser Haus ist weit, Illyrier." — Kaum waren wir hundert Schritte weiter gegangen, so nahmen uns kaiserliche Mauthbeamte in Empfang und führten uns in die links am Wege stehende Hauptwache, an der der kaiserliche Doppeladler und die schwarzgelbe Fahne prangten. Meine Papiere waren in Ordnung und einige Goldstücke reichten hin, die Voraussetzung zu widerlegen, daß ich ein Bettler sei, eine artige Voraussetzung, die bei jedem Fußreisenden, der den Kaiserstaat betritt, gemacht zu werden scheint. Dennoch wurde ich mit großen Blicken gemessen, was ich in Italien zu thun habe. Als ich darauf versicherte, nur einen kleinen Spaziergang nach Mailand machen zu wollen, und noch dazu eine Adresse an einen k. k. Major bei den Radetzki-Husaren vorwies, dem ich einen Besuch zu machen gedächte, erhielt ich nicht nur unter meinen Paß ein „buono per Milano", sondern noch einen Gruß dazu an jenen Offizier, der kürzlich hier an der Grenze gestanden habe. Nicht ganz so gut ging es meinem Nassauer Tuchmachergesellen, so freundschaftliche Gesinnungen gegen die Oesterreicher er auch unterweges an den Tag gelegt hatte. „Was reist man in so unruhigen Zeiten in der Welt herum, statt bei der Arbeit zu bleiben!" Diese und ähnliche Zurechtweisungen mußte er sich stillschweigend gefallen lassen. Darauf sah er sich genöthigt, seine Kleider zu lüften und die sorgfältig unter denselben verborgene Geldkatze mit den sechs Fünffrankenthalern hervorzuholen, um seine Existenzfähigkeit nachzuweisen. Endlich nach langem Prüfen, Zögern und Bedenken erhielt er ein „buono per Como" mit der Weisung, sich in dieser Stadt auf die Polizei zu verfügen. Hier war es denn auch, wo mich gestern Abend mein Landsmann mit etwas bangem Herzen verließ, um noch vor der Polizeistunde mit der kaiserlichen polizia zu unterhandeln, während ich am Hafen des Sees das erste Hotel aufsuchte. Trommelschläge und Militairmusik schallten den ganzen Abend durch die lauen Lüfte und waren kaum zu unterscheiden von dem fernen Grollen eines heranziehenden Gewitters. Heute strömt der Regen unaufhörlich vom Himmel, und Stadt und See sind mit einem grauen Wolkenschleier überzogen. Mehr als einmal, während ich diese Blätter niederschrieb, habe ich gedacht: wie und wo mag mein Tuchmachergesell aus Nassau einen solchen Regentag zubringen?"

Lausitzer Nachrichten.

Nekrolog. Die „Budissiner Nachrichten" widmen dem Andenken des am 14. Februar 1850 (etwas über $73\frac{1}{4}$ Jahr alt) verstorbenen Hrn. Dr. theol. K. G. Hergang, Archidiakonus zu St. Petri, eine längere Mittheilung, die in dem Folgenden im Allgemeinen zu Grunde gelegt ist: Der Verstorbene wurde zu Zittau seinem Vater, einen dasigen Bürger und Hausbesitzer, und dessen Frau Anna Dorothea geb. Döring am 21. Oct. 1776 geboren. Dennoch wuchs der Knabe und Jüngling in großer Dürftigkeit auf, wußte aber durch Entsagung und nicht gewöhnliche Geisteskraft alle Schwierigkeiten zu überwinden. Der damalige Rector Gymn. in Zittau Dr. Sintenis nahm sich in Gemeinschaft mi deu übrigen Lehrern, namentlich des späteren Conr. Kneschke des leiblichen und geistigen Wohles des streng rechtlich erzogenen hilfsbedürftigen Jünglings an, welcher Wohlthaten derselbe lebenslang gedachte. In Leipzig studirte der Verstorbene zunächst Philosophie als Grundlage der Theologie unter Heidenreich, Platner und And., und trieb zugleich Geschichte unter Wenk u. Wieland, Philologie namentlich unter Hermann und Beck. (Dr. Hergang's theolog. Lehrer sind dem Berichterstatter nicht näher kund geworden.) Nach dreijähriger Abwesenheit ward der junge Magister sehr bald Hilfsprediger an der Kreuzkirche in Zittau, nicht lange nachher zugleich Lehrer an der Mädchenarmenschule, sowie 1811 Oberlehrer an der neuerrichteten Bürgerschule in seinem Geburtsorte. Darauf entschied er sich 1813 für das Katechetenamt zu Budissin und trat das Amt mitten unter dem Toben der Kriegsstürme an. Sofort wirkte er als Prediger an der Marien- und Marthenkirche einige Jahrzehnte hindurch mit seltenem und andauerndem Predigertalent, durch welches er seinen fleißigen Zuhörern im Gotteshause Licht, Kraft, Glauben und Trost zu spenden und eindringlich zu machen wußte. Mit jenem Amte wurde erst später das Diaconat an der Hauptkirche zu St. Petri verbunden, welche vereinigte Stellung derselbe bis zu seiner Vorrückung ins Archidiakonat beibehielt. Außer seinem Wirken für die prakt. Theologie hatte sich der Verstorbene nicht allein durch seine äußeren Lebensverhältnisse, sondern durch innere Naturgaben angeleitet, schon früh dem pädagogischen Wirken zugewandt, in welchem Berufskreise sich derselbe sowol als Praktiker als Theoretiker in gleicher Weise große und mannichfache Verdienste erworben hat. Auch für bibelgesellschaftliche Angelegenheiten und zur Beförderung des Vereines für Rath und That, also in rein praktischen aus den Leben gegriffenen Verhältnissen, hat derselbe viel Gutes gewirkt und diesem Streben uneigennützig viele seiner Mußestunden gewidmet. Seit dem October 1848 an einem Brustleiden ernstlich erkrankt, ward er seit einem Vierteljahre an einen verzehrenden Nervenübel ergriffen und verschied in Folge seines erneuten Brustübels am 14. Februar früh $4\frac{1}{2}$ Uhr. Leicht sei ihm die Erde und treu das Angedenken seiner Freunde! Dies der Wunsch des Sohnes eines der ältesten Freunde des Dahingeschiedenen.

z.

Görlitzer Kirchenliste.

Geboren. 1) Hrn. Christ. Franz Adolph Webel, B. u. Kaufm. allh., u. Frn. Therese Agnes geb. Geißler, S., geb. d. 2. Febr., get. den 5. März, Christian Ernst Rudolph. — 2) Mstr. Traugott Oskar Möbius, B. u. Weißbäcker allh., u. Frn. Juliane Christiane geb. Drescher, S., geb. d. 19. Febr., get. d. 5. März, Gustav Oskar. — 3) Mstr. Carl Gottlieb Wagner, B. u. Seiler allh., u. Frn. Louise Henriette geb. Wasmuth, S., geb. d. 19. Febr., get. d. 10. März, Bruno Oskar. — 4) Sam. Traug. Kutter, B., Müllerges. u. Hausbes. allh., u. Frn. Joh. Christ. Rosine geb. Klimt, S., geb. d. 20. Febr., get. d. 10. März, Sam. Traug. Richard Wilibald. — 5) Carl Friedr. Gränert, Tuchscheererges. allh., u. Frn. Christ. Friederike geb. Brix, S., geb. d. 22. Feb., get. d. 10. März, Emil

Eduard. — 6) Friedrich Aug. Hirche, B. u. Schuhmach. allh., u. Frn. Johanne Alwine geb. Winkler, S., geb. d. 24. Febr., get. d. 10. März, Alwin Paul. — 7) Friedr. August Ernst Bitzler, Nagelschmidt, allh., u. Frn. Johanne geb. Hoffmann, S., geb. d. 27. Febr., get. d. 10. März, Gustav Jul. Paul. — 8) Joh. Friedr. August Göldner, Fabrikarb. allh., u. Frn. Charl. Louise Doroth. geb. Hellge, T., geb. d. 27. Febr., get. d. 10. März, Amalie Louise Agnes. — 9) Hrn. Friedr. Wilh. Stumpe, Kgl. Steueraufseh. allh., u. Frn. Jul. Wilhelm. geb. Kuhlmei, T., geb. d. 5., get. d. 10. März, Caroline Jul. Louise. — 10) Carl Friedrich Strenger, Tuchmachergeſ. allh., u. Frn. Johanne Jul. Charlotte geb. Lange, S., geb. d. 5., get. d. 10. März, Carl Emil. — 11) Hrn. Joh. Ernst Adolph Schirach, B. u. Privatsecret. allh., u. Frn. Joh. Jul. geb. Jochmann, Tocht., geb. d. 14. Febr., get. d. 11. März, Charlotte Laura. — 12) Weil. Mstr. Christ. Friedrich Neumann, B. u. Schneider allh., u. Frn. Marie Frieder. geb. Kirsten, T., geb. d. 19. Febr., get. d. 11. März, Marie Louise. — In der christkath. Gemeinde: 13) Mstr. Carl August Seiler, B., Glaser u. Glaswaarenhändl. allh., u. Frn. Joh. Henriette geb. Iglau, S., geb. d. 14. Febr., get. d. 10. März, Paul Alfred. — 14) Ernst Heinr. Führlinger, Tuchmachergeſ. allh., u. Frn. Friederike Laura geb. Roth, Tocht., todtgeb. den 27. Febr.

Gestorben. 1) Igfr. Carol. Friederike Wießner, gest. d. 1. März, alt 51 J. 3 M. 21 T. — 2) Joh. Gottl. Reimann, Tuchmachergeſ. allh., gest. d. 3. März, alt 49 J. 12 T. — 3) Fr. Joh. Christiane Gärtner geb. Roscher, weil. Johann Gärtner's, Huf- u. Waffenschmidtgeſ. allh., Wittwe, gest. d. 3. März, alt 49 J. — 4) Hr. Carl Ferdin. Hahn, B., Buchbinder u. Galanteriewaaren-Arbeit. allh., gest. d. 2. März, alt 35 J. 11 M. 13 T. — 5) Hermann Bretschneider, Sattlergeſ. allh., gest. den 6. März, alt 25 J. — 6) Friedr. Aug. Emil Schubert, Mstr. Carl Gottl. Schubert's, B. u. Weißbäckers allh., u. Frn. Johanne Christ. Amalie geb. Mädler, S., gest. d. 6. März, alt 14 J. 9 M. 15 T. — 7) Joh. Gottfr. Neumann's, B. u. Schankwirth. allh., u. Frn. Joh. Doroth. geb. Brückner, S., Gustav Emil, gest. d. 4. März, alt 3 M. 3 T. — 8) Hrn. Gustav Jul. Roder's, brauber. B. u. Weißbäck. allh., u. Frn. Joh. Marie Doroth. geb. Pursche, S., Gustav Otto, gest. d. 7. März, alt 2 M. — 9) Hrn. Gust. Leopold Himer's, B., Buchbind. u. Galanteriewaaren-Arbeit. allh., u. Frn. Natalie Henriette geb. Haase, S., Oskar Bruno, gest. d. 2. März, alt 1 M. 9 T. — 10) Hrn. Ferdinand Reyer's, Privatsecret. allh., u. Frn. Pauline Christiane geb. Probst, T., Lina, gest. d. 8. März, alt 3. M. — 11) Friedr. August Seidel's, Inwohn. allh., u. Frn. Anna Elisabeth geb. Fünfstück, S., Friedr. Wilhelm, gest. d. 6. März, alt 1 J. 1 M. 10 T.

Bekanntmachungen.

[186] **Steckbrief.**

Am 8. d. Mts. ist der nachstehend bezeichnete Wehrmann Carl Richter von der Stamm-Compagnie des 2. Bataill. (Freistadt) 6. Landwehr-Regiments von hieraus desertirt und ist derselbe gleichzeitig eines Diebstahls nachstehend gedachter Sachen dringend verdächtig. Sämmtliche Militair- und Civilbehörden werden daher ersucht, auf denselben zu vigiliren, ihn im Betretungsfalle zu verhaften und an das hiesige Königl. Garnisons-Commando abzuliefern. Görlitz, den 11. März 1850.

Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

Verzeichniß derjenigen Sachen, welche Richter muthmaßlich entwendet hat.

Ein blauer Tuchrock (ein Extra-Waffenrock umgearbeitet mit schwarzem Sammtkragen, und mit rothem Zeuge gefüttert); ein Paar Extra-Militair-Beinkleider mit rothen Streifen, mit Schlitz, aber ohne Stege; zwei schwarze Tuchmützen; eine seidene Weste mit weißen und braunen Blümchen; eine kattune Weste mit blauen und rothen Streifen; zwei seidene Halstücher, das eine schwarz, das andere mit braunen und blauen Streifen auch schwarz; ein seidener Shlips, Farbe braun mit weißen Blümchen; ein Hemde, gez. R. H.; drei Paar Socken, nämlich 2 Paar blaue und ein Paar weiße, gez. R. H.; 2 Paar Unterhosen, ein Paar gewirkt und ein Paar von Parchent; 7 Stück Schnupftücher, sämmtlich von Kattun, ein weißes, die übrigen bunt; 4 Stück Vorhemdchen, gez. R. H.; 1 Paar gestickte Hosenträger mit braun und bunten Blumen; 1 Paar Zeughosen, grau mit schwarzen Streifen, mit Stegen und breitem Latz.

Personbeschreibung.

Der ɿc. Richter ist am 22. December 1820 in Breslau geboren und hielt sich in Bilave, Kreis Freistadt, auf, ist seines Standes ein Müller, evangelischer Religion, hat blondes Haar, freie Stirn, blonde Augenbrauen, dunkelblaue Augen, spitze Nase, kleinen Mund, gesunde Zähne, einen blonden Lippenbart, rundes Kinn, gesunde Gesichtsfarbe, runde aber abgelebte Gesichtsbildung, ist schwacher Statur, und dient als besonderes Kennzeichen eine frische Narbe an dem Zeigefinger der rechten Hand.

---

[170] Die Wahlbezirke zur Wahl der Wahlmänner der ersten Kammer sind in der Weise festgestellt worden, daß

der 1ste Wahlbezirk sämmtliche Wähler des 1sten bis 6ten Stadt-Bezirks,
der 2te Wahlbezirk sämmtliche Wähler des 7ten bis 14ten Stadt-Bezirks

umfaßt.

Im 1sten Wahlbezirk sind fünf, im 2ten sind vier Wahlmänner zu wählen. Sämmtliche stimmberechtigte Urwähler des 1sten Wahlbezirkes werden hiermit eingeladen, sich **Sonnabend, den 16. d. Mts., Vormittags 9 Uhr**, im Stadtverordneten-Versammlungszimmer, die des 2ten Wahlbezirks aber zu derselben Zeit im magistratualischen Sessionszimmer einzufinden und die Wahlen durch offene Stimmgebung, gemäß dem Wahl-Reglement vom 28. Februar a. c., zu vollziehen. Nur Diejenigen, welche in die Wählerliste verzeichnet sind, können zu den Wahlen zugelassen werden.

Als Wahlvorsteher wird im 1sten Wahlbezirk Herr Stadtrath Hortzschansky, im 2ten Herr Geheime Ober-Justiz-Rath Stadtrath Starke fungiren.

Görlitz, den 8. März 1850. Der Magistrat.

---

[179] Wegen der am 16. d. M. stattfindenden Wahlen ist der Termin zur öffentlichen Prüfung der Armenschule auf den 23. März c., Vormittags von 8 bis 12 Uhr, verlegt worden.

Görlitz, den 13. März 1850. Der Magistrat.

---

(178) Da bei den in Bezug auf die Zimmerarbeiten zum Bau eines Wohnhauses auf dem Holzhofe zu Hennersdorf eingegangenen Submissionen der Zuschlag nicht ertheilt werden konnte, so werden Unternehmungslustige hiermit aufgefordert, anderweitige Offerten bis zum 22. d. M. versiegelt und mit der Aufschrift:

„Submission auf die Zimmerarbeiten zum Holzhofe"

auf unserer Kanzlei abzugeben, woselbst auch Zeichnung, Anschlag und Contractsbedingungen zur Einsicht bereit liegen. Die Eröffnung der Submissionen findet Sonnabend den 23. d. M., Nachmittags 4 Uhr, im Prätorium statt. Görlitz, den 12. März 1850.

Der Magistrat.

---

(180) Es soll die Anfuhre der zu den diesjährigen städtischen Bauten erforderlichen Bretwaaren von dem Depot auf dem Hennersdorfer Holzhofe unter Vorbehalt des Zuschlages an den Mindestfordernden verdungen werden.

Hierzu steht **Donnerstag den 21. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr**, auf dem Rathhause Termin an, zu welchem mit dem Bemerken eingeladen wird, daß die näheren Bedingungen im Termine publicirt werden sollen.

Görlitz, den 13. März 1850. Der Magistrat.

---

[177] Sonnabend, den 16. d. Mts. Nachmittags 2 Uhr, soll im Bauzwinger, sodann vor dem Hospital-Thore und auf dem Packhofsplatz eine Partie Zimmerspähne gegen baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden, wozu hiermit eingeladen wird.

Görlitz, den 11. März 1850. Der Magistrat.

---

(181) Zur anderweiten meistbietenden Verpachtung der dem Schölzereibesitzer Gründer in Penzighammer gekündigten, daselbst gelegenen beiden sogenannten Laubschwiesen:

1) Nr. 573. der Luban'schen Karte von 12 Morgen 79 □Ruthen, und
2) Nr. 581. derselben Karte von 5 Morgen 174 □Ruthen

für die übrige Dauer der ursprünglich bestimmten Pachtzeit, und zwar vom 1. Mai d. J. bis zum 1. April 1852, steht ein Termin

den 27. März c. Vormittags um 11 Uhr

im Forsthause zu Penzig

an, wozu Pachtlustige mit dem Bemerken, daß die Eröffnung der näheren Bedingungen im Termine erfolgen wird, hierdurch eingeladen werden.

Görlitz, den 7. März 1850. Der Magistrat.

---

[182] Nachdem der Gewerberath der Stadt Görlitz am heutigen Tage constituirt worden, ist

Herr Kürschnermeister, Stadtältester Thorer zum Vorsitzenden des Gewerberaths und Herr Kaufmann Adolph Krause zu dessen Stellvertreter

erwählt worden.

Als Vorsitzende der einzelnen Abtheilungen sind erwählt:

a) für den Handwerkerstand: Herr Stadtältester Thorer (Stellvertreter Herr Kupferschmidtmeister Bertram).
b) für den Handelsstand: Herr Kaufmann Robert Oettel (Stellvertreter Herr Kaufmann Heinrich Hecker).
c) für den Fabrikstand: Herr Fabrikbesitzer Ernst Geißler (Stellvertreter Herr Fabrikbesitzer C. Krause).

Görlitz, den 11. März 1850.

Jochmann, als Commissarius.

Schnellpressendruck von G. Heinze u. Comp.